

Seite 1

## **Vier Fragen an Josef Joffe // Was macht die Welt? // Öl bunkern und bei Irans Atombombe auf andere setzen**

Frankreichs Finanzminister Sarkozy will die Ölreserven des Westens verkaufen. Ein Mittel gegen den hohen Ölpreis?

Nein, denn das sind Krisenreserven im wahrsten Sinne des Wortes - gedacht für den Einsatz etwa bei einem Ölembargo. Der Ölpreis über 50 Dollar aber ist keine Krise, sondern das Ergebnis eines Marktes, auf dem zuviel Nachfrage auf zuwenig Angebot stößt; also steigt der Preis. Gegen derlei Fundamentalkräfte wirkt eine Krisenreserve wie ein Wasserstrahl, der kurzfristig abkühlt, aber nicht die dahinter liegende Hitzequelle beseitigt. Langfristig gesehen ist ein hoher Ölpreis der einzige Weg aus der Abhängigkeit von unberechenbaren Lieferanten wie Arabien, Nigeria und Venezuela. Nur so wird der Westen alternative Quellen anzapfen - vom Einsparen bis zur Atomkraft.

Die Briten helfen den Amerikanern mit Truppen im Zentralirak aus. Steht es so schlecht um Bushs Militärmacht?

Man darf eher vermuten, dass es nicht ganz so gut um Bushs Wahlchancen am 2. November steht. Also springt der treue Verbündete ein, um dem Wahlvolk zu zeigen, dass John Kerry falsch liegt mit seiner Dauerattacke, wonach Amerika ganz allein im Irak kämpfe. Überdies hat ein halbwegs freier Irak nur eine Chance, wenn das Zentrum des Terrors - das Sunni-Dreieck - niedergekämpft wird.

Iran lehnt Europas Angebot ab, für zivile Atomtechnik auf die Bombe zu verzichten. War das ein guter Vorschlag?

Bei kühler Betrachtung wird doch sehr deutlich, dass Iran Atomwaffen anstrebt, und das schon seit Schah-Zeiten, als die Bundesrepublik ihm die Buschehr-Kernkraftwerke als Teil eines kompletten Brennstoffkreislaufs verkaufte (bei dem waffenfähiges Plutonium anfällt). Dieses Zuckerbrot kann nur funktionieren, wenn dahinter die Drohung des militärischen Eingriffs steht. Dazu wird sich die EU nie und nimmer durchringen - wohl in der Hoffnung, dass Israel und USA die Drecksarbeit verrichten.

Ein Wort zu Amerika ...

Das Bizarro-Szenario wird immer wahrscheinlicher: dass wir erst zur Jahreswende wissen, wie der neue Präsident heißt. Bei sehr knappen Mehrheiten in Wackelstaaten wie Florida oder Ohio stehen Hundertschaften von Anwälten bereit, um das jeweilige Ergebnis anzufechten - und das wird dauern. Es wird Zeit, dass sich Amerika ein einheitliches Bundeswahlgesetz gibt. Aber dazu müsste die Verfassung geändert werden, die es den 50 Staaten überlässt, die Wahlregeln auch für Bundesämter (wie den Präsidenten) festzulegen. Das ist freilich zutiefst unwahrscheinlich. Denn seit 1787, als die Constitution in Kraft trat, wachen die Staaten sehr eifersüchtig über ihre Machtbefugnisse.

Josef Joffe ist Herausgeber der "Zeit" und lehrt bis Jahresende an der Universität Stanford, Kalifornien. Fragen: cvm